

BürgerInnen schlagen Alarm!

*Immer mehr Grünflächen in Wien fallen Bauprojekten zum Opfer. Es wird ohne Rücksicht auf die Bewohner jede noch so kleine Grünfläche in Anspruch genommen, um Bauvorhaben zu verwirklichen. Geringerer Widerstand durch wenig bis gar keine rechtliche Einspruchsmöglichkeit und Profit sind meistens die Gründe dafür, dass man diese letzten Grünoasen opfert. Der MIV nimmt zu, die Sorge um die Gesundheit wächst!
So auch beim Projekt der ASFINAG in Kooperation mit der Gemeinde Wien am Südgürtel B221 zur Rampe A23.*

Die BewohnerInnen der Häuser Hoffmannsthalgasse (rechter Seite) und Strasserhof im 3. Wiener Gemeindebezirk haben täglich bis zu 70 000 Autos pro Tag zu erdulden, wie im Übrigen auch alle weiteren Bewohner des Südgürtels und weiter in den Westen. Die Prognosen des Verkehrsaufkommens sind zunehmend und der MIV scheinbar nicht in den Griff zu bekommen. Bis jetzt konnten die Bewohner an der Rampe A23 das nur ertragen, weil die wenigen Meter (ca. 15m) zur Lärmschutzwand mit der dazwischen liegenden kleinen Grünoase, einen, wenn auch subjektiven Puffer darstellte. Diese Grünfläche bedeutet für die Anwohner noch ein erträgliches Maß an Entfernung zur rollenden Autolawine. Von Lärmschutz ist ohnehin nicht viel zu bemerken.

Nun sehen die Planer vor, die Abbiegeröhre genau über diese letzte Grünfläche hereinzuschwenken und somit ist der Grünbereich weg, danach wird lediglich eine Baumreihe gepflanzt und Parkplätze werden eingerichtet.

Lärmschutzverbesserung und bauliche Überarbeitung der Kreuzung

Landstraßer Gürtel /Rampe A23 ist **allen willkommen**, nur fragen sich die Menschen, wieso ihnen die letzte Grünfläche dafür genommen wird!

Auch die Anrainer des Arsenal sehen durch den geplanten Durchstich von der Kreuzung in die Franz Grillgasse eine massive Verkehrsbelastung, zumal man hörte, dass das Kasernengelände verkauft wird und ein Gewerbegebiet entstehen soll.

Die BürgerInnen fragen sich, wieso Verkehr in die Wohngebiete ziehen, wenn zwei weitere Auffahrten – St. Marx und Donaukanal, ganz nahe zur Verfügung stehen. Einsicht in die Verkehrsstromanalysen verweigert man ihnen.

Es gibt Ideen seitens der Betroffenen, eine für alle verträgliche Lösung herbeizuführen – es bräuchte ‚nur‘ den politischen Willen!

Um nur einen Vorschlag zu nennen, die Straßenbahnlinie 18 auf die gegenüberliegende Seite zu legen - wie im Baustellenprovisorium vorgesehen – würde das Problem komplett lösen und das Projekt kann man zur Sanierung des Budgets ad acta legen.

Die Bürgerinitiative **BI LLLG – Lebensraum Landstraßer Gürtel** – überlegt nun nach Jahren der sanften und nach wie vor sachlich geführten Diskussionen mit den Verantwortlichen, heftigeren Widerstand zu leisten und fordert Fr. Ministerin Bures auf, dieses Projekt auf die **absolute Notwendigkeit zu prüfen und die Priorität** auf Verschiebung oder Aufhebung von Projekten, die nicht nötig sind, kaum etwas bringen und nur viel Geld kosten, das wir - der Staat und die Steuerzahler - derzeit nicht haben, zu legen!